



Samstag, 27. Januar 2024, 15:59 Uhr
~21 Minuten Lesezeit

Tanz auf dem Vulkan

Taiwan befürchtet eine chinesische Invasion, obwohl umstritten ist, ob die Insel zur Volksrepublik gehört. Sowohl China als auch die USA gebärden sich übergriffig.

von Roland Rottenfußler
Foto: Andy.LIU/Shutterstock.com

„Die gefährlichste Region der Welt“ – so wird Taiwan bezeichnet. Seit 1949 befindet sich die Insel in einem labilen Schwebezustand zwischen staatlicher Unabhängigkeit und Zugehörigkeit zu China. Präsident Xi Jinping besteht auf einer Vereinigung der beiden „Chinas“; die jüngsten Parlamentswahlen in Taiwan deuten jedoch eher darauf hin, dass die Menschen dort den alten Status beibehalten wollen und die „Hochzeit“ mit dem übermächtigen Nachbarn scheuen. Ob beide Gebiete zusammengehören, ob es sich also wirklich um eine Wiedervereinigung nach dem Muster von BRD und DDR handeln würde, dafür finden sich in der

Geschichte des Landes Argumente, aber auch Gegenargumente. Die Volksrepublik übt verstärkten Druck aus mit einer Doppelstrategie aus Lockrufen und unverhüllten Drohungen. Die Hand im Spiel haben aber auch die USA, die die Dominanz über den Pazifikraum für sich behalten wollen. Nach einem Besuch der einschlägig bekannten Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi fürchten viele, der Westen wolle eine Entwicklung analog zum Russland-Ukraine-Krieg riskieren und China sowie Taiwan in einen aufreibenden Stellvertreterkrieg treiben, der verheerende Folgen für die Weltwirtschaft hätte. Der Vergleich Taiwans mit der Ukraine hinkt jedoch in mehrfacher Hinsicht. Es stellt sich die Frage, warum die beiden um die Vorherrschaft ringenden pazifischen Platzhirsche die Entscheidung über ihre weitere Zukunft nicht einfach den Menschen in Taiwan überlassen können.

Die Inselrepublik Taiwan lebt unter der permanenten Bedrohung durch ihren riesigen Nachbarn China. So wird das Thema in der Regel „geframt“. Nun sind wir natürlich, was Informationen aus dem Mainstream betrifft, gebrannte Kinder und tun gut daran, die Dinge genauer zu hinterfragen, wenn beispielsweise ein öffentlich-rechtlicher Sender wie Arte deutlich Stellung gegen China nimmt. Wir kennen das von der Welle antirussischer Propaganda, die sich seit vielen Jahren in den deutschen Medien auftürmt, nur zu gut.

Im Arte-Feature „**Taiwan – Angst vor der Invasion**

(<https://www.youtube.com/watch?v=m95uaFLNK5c&t=15s>)“ wird das Land durchweg bedrohlich gezeichnet – vor allem durch

Einblendungen von Militärparaden, die gleichgeschaltete Menschenmassen zeigen. Xi Jinping wird mit Redeausschnitten gezeigt, die furchterregend wirken können:

„Wir sind jedoch nicht verpflichtet, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten.“

China betrachte Taiwan als abtrünnige Provinz. Xi:

„Die Lösung der Taiwan-Frage ist eine Angelegenheit, die die Chinesen selbst entscheiden müssen. Wir bestehen darauf, eine friedliche Wiedervereinigung mit größter Entschlossenheit anzustreben.“

Die Sendung wurde ein paar Monate vor der jüngsten Wahl in Taiwan am 13. Januar 2024 ausgestrahlt. Der ehemalige Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer verglich darin den chinesischen Staatschef mit Putin. Eine auf der Straße interviewte taiwanesischen Passantin merkt an:

„Wir kümmern uns um unser Taiwan, und sie kümmern sich um ihr China.“

Ein junger Mann zeigt sich entschlossen, notfalls als Soldat für sein Land zu kämpfen. Und Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen, die ihr Amt jetzt an ihren bisherigen Stellvertreter Lai Ching-te abgeben wird, gibt sich martialisch:

„Taiwan ist die vorderste Front der liberalen Demokratie.“

Klingt nach Ukraine. Wu'er Kaixi, Generalsekretär der Menschenrechtskommission des taiwanesischen Parlaments, gibt zu Protokoll:

„Die Ein-China-Politik, auf der Peking besteht, ist eine Lüge. Sie sagen, Taiwan sei Teil Chinas. Taiwan war nie Teil der Volksrepublik China.“

Die blockierte Insel

Wie zum Beweis der Liberalität Taiwans werden auf Arte Bilder eine Pride Parade der LGBTQ-Community im Oktober 2023 in Taipeh gezeigt. Eine szeneüblich schrill zurechtgemachte Transfrau erzählt, sie sei auch schon in Festlandchina gewesen. Die Atmosphäre für die Community sei dort „sehr unangenehm“. Die Behörden machten ständig Ärger. Die adrette Influencerin Emily Wu lehnt den Begriff „Wiedervereinigung“ ab.

„Es wäre eine Vereinigung. Taiwan wurde nie von der Volksrepublik regiert.“

Die Regenschirmproteste ab 2014 in Honkong, bei denen es zu Szenen brutaler Polizeigewalt kam, werden als abschreckendes Beispiel angeführt. Die chinesische Regierung werde „ihre autoritäre Herrschaft auch auf andere Länder ausdehnen, wenn wir sie nicht daran hindern“, sagt Joseph Wu, Außenminister Taiwans. Auch die rigide No-COVID-Politik Chinas diene als Warnung, heißt es in einem Arte-Kommentar. Wobei auffällig ist, dass ein öffentlich-rechtlicher Sender urplötzlich gegen brutale Coronamaßnahmen Stellung bezieht, wenn diese in einem anderen Land als Deutschland verhängt werden.

Zum Besuch Nancy Pelosis 2022 in Taiwan gibt Arte immerhin zu bedenken, dieser habe Taiwans Sicherheitslage vielleicht geschwächt. Er habe zu den massivsten Militärmanövern in der Straße von Taiwan seit Jahren geführt. Es habe sich um eine De-facto-Blockade der Insel gehandelt.

Unberechtigt scheint der Vorwurf einer Blockade nicht zu sein. Man stelle sich vor, eine ausländische Militärmacht verfeuere nahe dem Hafen von Hamburg so viel und so gefährliches militärisches Material, dass für die Mannschaften ein- und auslaufender Handelsschiffe eine lebensgefährliche Situation entstünde. Ohne dass offiziell ein Krieg gegen Deutschland erklärt worden wäre und ohne dass explizit eine Blockade angekündigt wurde, könnte besagte Militärmacht den Hafen lahmlegen.

Taiwan ist eine Insel. Wenn China die Luft- und Seehoheit über darüber inne hätte, käme niemand mehr durch. Anders übrigens als in der Ukraine, wo Tausende über die polnische Grenze emigriert sind. Aber ist China aus der Perspektive Taiwans überhaupt eine „ausländische Macht“? Hier kommen wir zum Knackpunkt.

Die USA retten wieder mal

Arte und die meisten Leitmedien legen Wert auf die Feststellung, dass die allermeisten Taiwanesen eine Vereinigung mit China nicht wünschten. Allenfalls für ein Prozent der Bevölkerung treffe dies zu. Gerade jüngeren Menschen sei China emotional fern. Sie betrachteten sich als Taiwanesen und erfreuten sich der freien, demokratischen, an den Westen angelehnten Kultur im Land.

Arte interviewt als Beleg hippe Vertreter ebendieser „modernen“ Kultur, nicht aber eher konservative, chinafreundliche Menschen, geschweige denn Festlandchinesen, denen vielleicht die Verbundenheit „beider Chinas“ am Herzen liegt. Nicht jeder in Gesamtchina ist ja Transsexueller, liberaler Satiriker oder Exponent der dort blühenden, am Westen orientierten Popkultur. Mehrere Taiwan-Sendungen, die ich gesehen habe, suggerieren aber: „So sind sie, die Taiwanesen – so sollten eigentlich alle sein –, und die chinesische Aggression bedroht jetzt dieses Idyll.“

Was tun in der verfahrenen Situation? „Taiwans einzige Chance ist Abschreckung“, heißt es in einem *Arte*-Kommentar. Die USA haben moderne Abwehrsysteme geliefert, und Taiwan trainiert jetzt ebenfalls verstärkt mit Militärmanövern. Häuserkämpfe, so heißt es, wären für Angreifer sehr gefährlich. Ebenso die Eroberung des gebirgigen Ostteils der Insel. Droht China im Fall einer Invasion ein zweites Vietnam oder Afghanistan?

Die USA sind nach dem Taiwan Relations Act von 1979 verpflichtet, dem Land Waffen zu liefern. Einige davon, etwa F16-Jäger, sind nur sinnvoll, wenn die taiwanesischen Soldaten von US-Experten am Gerät ausgebildet werden. Damit wären die USA Kriegspartei. Wir kennen diese Dynamik aus der Diskussion um Waffenlieferungen an die Ukraine. Joe Biden antwortete auf die Reporterfrage, ob die USA Taiwan im Ernstfall verteidigen würden, mit einem klaren „Ja“. Der festlandchinesische Dissident Wu'er Kaixi, der Uigure ist, zeigte sich auf *Arte* mit dem Engagement der USA zufrieden:

„Die USA sind von strategischer Vieldeutigkeit zu strategischer Klarheit übergegangen. Und das ist jetzt Abschreckung.“

Retten Halbleiterchips den Frieden?

Der Generalleutnant der taiwanesischen Armee Lui Te-chin stieß gar Anfeuerungsrufe an die Adresse der ukrainischen Soldaten aus: „Wenn Russland gegen die Ukraine gewinnt, ist das eine Ermutigung für China, das kleine Nachbarland zu tyrannisieren.“ Die Stoßrichtung ist klar: Die Ukraine sollte gewinnen, China werde es dann gar nicht mehr wagen, zum Angriff überzugehen. Hoffnung ziehen viele Beobachter auch aus der wirtschaftlichen Stärke Taiwans. Das kleine Land ist Weltmarktführer auf dem Gebiet der Halbleiterchips, die für Computer, Smartphones, künstliche Intelligenz (KI) oder auch militärische Anwendungen von EDV

unverzichtbar sind. Der Weltmarktanteil Taiwans bei der Herstellung beträgt bis zu 70 Prozent. Probleme bei der Herstellung oder dem Transport der Waren würden dem Westen schaden, China aber auch. Halbleiter sind mit einem Anteil von 60 Prozent das wichtigste Handelsgut zwischen China und Taiwan.

Die argumentative Generallinie in den Leitmedien scheint beim Thema Taiwan also klar. Wieder drangsaliert ein großes Land ein kleines. Wieder muss der Westen, wenn nicht direkt militärisch, so doch mit Waffenlieferungen und „moralischer“ Unterstützung notfalls eingreifen.

Kritische Beobachter argwöhnen deshalb nicht ohne Grund, die USA seien letztlich erpicht auf einen solchen Krieg, einen Verteidigungskampf „bis zum letzten Taiwanesen“, der China wirtschaftlich schwächen und es den Amerikaner leicht machen würde, das Reich der Mitte vor der Weltöffentlichkeit abzukanzeln.

Ein bisschen zündeln

Der Moderator und Vortragsredner Kayvan Soufi-Siavash sagte in einem sehenswerten Beitrag bei **Moats auf Deutsch mit Diether Dehm** (<https://www.youtube.com/watch?v=F4SuHUI2FUY>):

„Es gibt einen großen Konflikt, auf den sich die Vereinigten Staaten vorbereiten. Und zwar den unausweichlichen Krieg gegen China. Und alles muss man unter dieser Prämisse sehen und da einordnen.“

Soufi-Siavash zufolge denken die Amerikaner:

„Das ist die letzte Chance, um China abzuräumen. Wir brauchen diesen Krieg auf jeden Fall, und deswegen bereiten wir den vor.“

Der streitbare Redner unterstellt einen imperialistischen Masterplan der US-amerikanischen „Eliten“, der den Russland-Ukraine-Krieg wie auch eine gefährliche Spannungspolitik im Nahen Osten umfasst. Dazu gehörten die Gazakrise wie auch die Einmischung der Amerikaner in Jemen und die geplante Ausschaltung des Iran als Hauptgegner innerhalb der islamischen Welt. Zum Thema China deutet der Polit-Rebell an, die USA würden „mit Taiwan ein bisschen zündeln“. Man sollte einen derartigen Erklärungsversuch zumindest prüfen und erwägen.

Der US-Journalist John Walsh verfasste unmittelbar vor der Taiwan-Wahl 2024 einen warnenden Artikel mit folgendem Titel: „**US-amerikanische Kugeln, taiwanesisches Blut: ein teuflisches Geschäft** (<https://www.pressenza.com/2024/01/an-american-appeals-to-taiwan-dont-vote-to-be-ukraine-2-0/>)“. Und im Untertitel:

„Ein US-Amerikaner appelliert an Taiwan: Wählt nicht ‚Ukraine 2.0‘ für euch.“

Daran gemessen, haben die Taiwanesen am 13. Januar 2024 also das Falsche gewählt. Sie wären schuld an einem dann unvermeidlichen Krieg, der nicht in der Verantwortung jenes Landes läge, das gegebenenfalls die Insel gewaltsam überfallen würde. Walsh schreibt weiter:

„Würde Taiwan mit der Ein-China-Politik brechen und die Unabhängigkeit vom Mutterland deklarieren, stellte dieser Schritt die größte Bedrohung des Friedens in der Region dar. Die Politik der Volksrepublik China strebt eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan in der nicht näher bezeichneten Zukunft an – es sei denn, Taiwan erklärt offiziell seine Unabhängigkeit, was durchaus zu einem Krieg führen könnte.“

Folgt man dieser Annahme, scheint alles gut, solange alles beim

Alten bleibt – also in jenem merkwürdigen Schwebestadium, in dem Taiwan weder ganz zu China gehört, noch ganz selbstständig sein kann.

Unsere Kugeln, ihr Blut

Laut einer Studie einer taiwanesischen Universität wollen 88,1 Prozent der Bürger der Insel den aktuellen Status bis auf Weiteres beibehalten. 1,6 Prozent wollen eine möglichst baldige Vereinigung mit China, 4,6 eine Unabhängigkeitserklärung, die Taiwan zur Gänze vom Mutterland abspalten würde. Das kann als Misstrauenserklärung gegenüber Peking gelten, gibt aber auch kein grünes Licht für eventuelle US-Pläne, einen neuen De-facto-Satellitenstaat im Westpazifik zu kreieren. So weit scheint alles dafür zu sprechen, dass Taiwan weitgehend selbstständig in besagter Zwischenwelt verharren könnte. Diese Lösung erscheint sympathisch vor dem Hintergrund, dass die USA ja keineswegs jene universelle Güte für sich in Anspruch nehmen können, die sie sich selbst gern zuschreiben.

Andererseits gäbe es keinen Krieg, wenn die chinesische Armee schlicht zu Hause bliebe und das Verlangen der Taiwaner nach relativer Unabhängigkeit respektierte. Es erscheint unfair, im Fall von Kriegshandlungen die Schuld den Opfern zuzuschreiben, welche im Januar 2024 „falsch“, also nicht chinafreundlich, gewählt hätten.

Dies suggeriert jedoch Autor John Walsh, wenn er schreibt:

„Wie in der Ukraine würde ein Stellvertreterkrieg in Taiwan – in den Worten eines Oliver North (...) – mit ‚unseren Kugeln, ihrem Blut‘ ausgefochten werden.“

Walsh bezieht sich im Folgenden auf die enormen Bemühungen der USA, Taiwan aufzurüsten, und schließt seinen Gedankengang:

„Im Kern scheint der Plan der USA darin zu bestehen, die Volksrepublik China zu einer militärischen Aktion zu provozieren, um ihren Ruf in den Augen der Nachbarn zu beschädigen und diese dazu zu ermuntern, ihr Militär aufzurüsten und US-geführten Allianzen gegen China beizutreten. Sollte dies nicht geschehen, werden die USA nicht vor einer False-Flag-Operation oder einer regelrechten Fälschung zurückschrecken.“

Ein solches Szenario ist durchaus vorstellbar. Hat das taiwanesisches Wahlvolk also doch eine „Ukraine 2.0“ riskiert?

Walsh geht meines Erachtens zu weit, wenn er eine Wahlempfehlung für die chinafreundliche Partei Kuomintang ausspricht:

„Wenn sie für eine Regierung stimmen, die sich nicht in den Fängen einer kriegerischen US-Außenpolitik befindet, werden viele von uns in den USA dankbar sein.“

Weder wären bei einem eventuellen Luftangriff Chinas getötete Taiwaner an ihrem eigenen Niedergemetzeltwerden selbst schuld, noch ist die Kuomintang eine durchweg ehrenwerte Gesellschaft. Dies zeigt unter anderem ein Blick auf die Geschichte Taiwans.

Eine zweite Ukraine

Zunächst aber ein paar Anmerkungen zum Vergleich Ukraine-Taiwan. Er stimmt und er stimmt auch nicht. Welche Ähnlichkeiten es zwischen beiden „Fällen“ gibt, wurde schon teilweise

angesprochen. Die Unterschiede sind jedoch unter anderem diese:

- Taiwan plante nie, Teil der NATO zu werden, und solche Bestrebung gibt es offenbar auch nicht vonseiten der USA.
- In Taiwan gibt es keine Provinzen, in denen Festlandchinesen die Bevölkerungsmehrheit bilden und die von der taiwanesischen Zentralregierung unterdrückt werden. Es gibt auch keine Jahre andauernden Kriegshandlungen wie in den ukrainischen Ostprovinzen Donezk und Luhansk.
- Taiwan muss nicht „entnazifiziert“ werden, wie es Wladimir Putin bezüglich der Ukraine als Rechtfertigung für seine Kriegshandlungen angibt. Wenn man in Taiwan von „Nazis“ sprechen kann, so trifft diese Bezeichnung auf die Nachfolger der Chiang-Kai-shek-Diktatur und ihres „Weißen Terrors“, also auf die Kuomintang, eher zu. Allerdings ist auch diese Partei heute nicht mehr dieselbe, die sie zu Zeiten der Diktatur war.
- Im Donbass stimmten bei Referenden im Jahr 2022, je nach Provinz, zwischen 87 und 99 Prozent der Wähler für eine Vereinigung mit Russland. Selbst wenn bei den Abstimmungen getrickst wurde, wie westliche Medien behaupten („Scheinreferenden“), ist doch davon auszugehen, dass eine deutliche Mehrheit in diesen Gebieten zu Russland gehören will, wie es auch der Journalist Patrik Baab berichtet, der die Provinzen besuchte. In Taiwan dagegen wollen nur 1,6 Prozent der Menschen eine sofortige Vereinigung mit der Volksrepublik China.

Ausnahmsweise keine deutsche Erbschuld

Noch ein Punkt zur Perspektive Deutschlands in Bezug auf Taiwan. Es gibt nur wenige historische Querverbindungen zwischen beiden Ländern. Schon weil sich Deutschland in einer ganz anderen Weltregion befindet, kann man das Land beim besten Willen nicht als „zuständig“ für Taiwan betrachten. Anders als im Fall der Ukraine, wo nur noch Polen beide Länder voneinander trennt und wo eine lange, schmerzvolle Geschichte das Verhältnis sowohl zur

Kriegspartei Russland als auch zur Kriegspartei Ukraine belastet – derart, dass deutsche Soldaten Millionen Menschen in beiden Ländern, die damals noch Teil der Sowjetunion waren, niedergemetzelt haben.

Im Fall von Deutschland und Taiwan gibt es praktisch keine Verstrickungen dieser Art. Was nicht ausschließt, dass sich eine deutsche Regierung im Fall eines China-Taiwan-Kriegs unter dem Einfluss der USA für zuständig erklären und zum Schaden der eigenen Wirtschaft Sanktionen gegen China verhängen könnte. Der selbstzerstörerische Furor des deutschen Polit-Establishments kennt ja in letzter Zeit keine Grenzen.

Tatsächlich hatte der europäische Kolonialismus in Taiwan aber seine Finger im Spiel und prägte die Insel, noch bevor sie chinesisch wurde. Im 16. Jahrhundert landeten portugiesische Seefahrer auf dem damals nur von ein paar indigenen Stämmen besiedelten Gebiet. Sie nannten das heutige Taiwan „Ilha formosa“, schöne Insel. Und unter dem Namen „Formosa“ war sie im Westen auch lange bekannt. Im 17. Jahrhundert wurde der Süden von Holland besetzt, der Norden von Spanien. 1661 und 1662 gelang es dem chinesischen Gelehrten und Abenteurer Zheng Chenggong, im Westen bekannt als Koxinga, die Holländer mit einem großen Heer von der Insel zu vertreiben. Koxinga war selbst ein Rebell, der vor der damals in China herrschenden Qing-Dynastie fliehen musste. Die Insel geriet unter die Herrschaft von Chinesen, die sich mit dem Mutterland überworfen hatten – was wieder an das Schicksal Chiang Kai-sheks erinnert, der sich nach dem Sieg der Maoisten im chinesischen Bürgerkrieg mit seinen Anhängern nach Taiwan zurückzog.

„Immer wollte irgendwer die Insel haben“

Nach dem Tod Koxingas im Jahr 1683 eroberte Festlandchina, damals regiert von den Qing, die Insel und machte es zu einer Präfektur der Provinz Fujian. Zwei Jahrhunderte später, 1887, erklärte der Kaiser Chinas Taiwan offiziell zur chinesischen Provinz. Der genannte Zeitraum kann auch als Grundlage für die Ansicht gelten, China und Taiwan gehörten politisch und historisch zusammen. Aber schon 1895 ging die Insel nach einem verlorenen Krieg an Japan.

Ein weiteres prägendes Kapitel in Taiwans Geschichte begann, das für 50 Jahre Bestand haben sollte. Der in Taiwan lebende und mit einer Taiwanerin verheiratete Schriftsteller Stephan Thome schreibt in seinem lesenswerten Buch „Gebrauchsanweisung für Taiwan“:

„Wer heute gedankenlos behauptet, Taiwan habe ‚schon immer‘ zu China gehört, sollte einen zweiten Blick auf die Geschichte werfen. Auf den Punkt gebracht, verlief sie so: Immer wollte irgendwer die Insel haben, nur nach den Wünschen der Bewohner fragte niemand.“

Thome spricht sich deutlich gegen eine Vereinigung mit China aus, obwohl sein Buch die chinesischen Wurzeln des Landes nicht verleugnet. Richtig ist, dass die Taiwaner im 20. Jahrhundert zweimal von reichlich brutalen Regimen überfallen und „umerzogen“ wurden. Von Anfang der 1930er-Jahre bis zur Niederlage Japans im Pazifikkrieg 1945 kann man das Regime in Japan als faschistisch bezeichnen. Es dominierte der Kriegspremier Tōjō Hideki, der die pazifische Region – so vor allem auch China – mit seinen imperialistischen Ambitionen und die eigene Bevölkerung mit einem ausgeprägten Kult des Todes, der Aufopferung für Kaiser und Vaterland, terrorisierte.

Die Zeit der japanischen Besatzung muss man sich vorstellen als eine Mischung aus Apartheid, also einem strengen Zwei-Klassen-System, und dem Versuch der Zwangsassimilierung des unterworfenen Volkes. Teilweise bekamen Taiwaner gegen ihren

Willen japanische Namen verpasst. Männer wurden für den japanisch-chinesischen Krieg verheizt, Frauen zur Prostitution in Militärbordellen gezwungen.

Diese 50 Jahre der Besatzung führten auch zu einer schrittweisen Entfremdung der Taiwanesen von ihrer chinesischen Identität. Nach der Niederlage der Japaner führte dies teilweise zu Fremdheitsgefühlen zwischen Insulanern und Festlandchinesen, quasi analog zu „Ossis“ und „Wessis“ in Deutschland, nur dass im Fall China/Taiwan beide Bevölkerungen in Diktaturen verschiedener politischer Couleur gelebt hatten.

Massaker und Umerziehungslager

Tawain wurde 1945 wieder zu einem Teil Chinas. In dem vom Krieg teilweise zerstörten und traumatisierten Land jedoch herrschte der Bürgerkrieg. Die Kombattanten waren die nationalchinesische Kuomintang unter Chiang Kai-shek, die man als „bürgerlich“, aber auch autoritär beschreiben kann, und die Kommunisten unter Mao Zedong.

Die Verliererseite, also Chiang Kai-sheks Lager, setzte sich 1949 mit knapp zwei Millionen Getreuen nach Taiwan ab und gründete die Republik China, die diese fortan als das eigentliche, legitime China betrachteten. Es bestand die ernste Absicht, das Festland wiederzuerobern, was natürlich nicht möglich war. Die Herrschaft des „Generalissimus“ kann mit Fug und Recht als Diktatur bezeichnet werden.

Als nach dem Fortgang der Japaner nun endlich chinesische, jedoch auch von außen über sie hereinbrechende Machthaber installiert waren, empfanden dies viele Insulaner weniger als Befreiung denn als eine zweite Welle der Kolonisation.

Wegen der als ungerecht empfundenen Verhaftung einer Frau kam es 1947 zu einem Aufruhr von Teilen der Bevölkerung gegen die Behörden des Chiang-Kai-shek-Regimes. Dieser wurde von den Regierenden mit einer Reihe von Massakern beantwortet, denen zwischen 3.000 und 5.000 Menschen zum Opfer fielen. Verhaftet wurden zwischen ein- und zweihunderttausend Bürgern, die Jahre ihres Lebens auf der berüchtigten Gefängnisinsel von Lüdao verbrachten. Auf der Basis einer Zeugenaussage seines Schwiegervaters berichtet Stephan Thome, „wie Menschen mit hinter dem Rücken gefesselten Händen am Flussufer aufgereiht wurden. Manchmal band man sie aneinander, dann musste nur einer erschossen werden, und die anderen wurden mit ins Wasser gerissen. Das ganze Hafenbecken soll rot von Blut gewesen sein ...“

Ab 1951 wurden Umerziehungslager eingerichtet, unter anderem für „Kommunisten“, wie allerdings alle kritischen Bürger damals gern tituliert wurden. Sie wurden dort zu harter körperlicher Arbeit angehalten und mussten in Massenzellen vegetieren, in denen für jeden Insassen durchschnittlich nur 0,8 Quadratmeter Platz war. Geschlafen wurde in wechselnden Schichten auf dem Boden. An einer der Wände prangte der Slogan „Die Disziplin wahren, das Gesetz verehren“.

Das Kriegsrecht in Taiwan galt für 38 Jahre und wurde erst 1987 aufgehoben. Und zwar ausgerechnet von Chiang Ching-kuo, dem Sohn und Nachfolger Chiang Kai-sheks, der während der Herrschaft seines Vaters für den taiwanesischen Sicherheitsapparat, also auch für die Verfolgung von Oppositionellen, zuständig war.

Aus Feinden werden Freunde

Von 2000 bis 2008 wurde Taiwan erstmals von einem Präsidenten regiert, der nicht der Kuomintang angehörte. Es folgten

Bemühungen um Modernisierung und eine Aufarbeitung der faschistischen Ära. Statuen Chiang Kai-sheks wurden in großer Zahl abgebaut. In ihrer Regierungszeit pflegte die Kuomintang eine auf die Zeit des Bürgerkriegs zurückgehende, von Furcht vor „kommunistischer Unterwanderung“ geprägte Intimfeindschaft zur chinesischen Volksrepublik.

Später allerdings näherte sich die Partei dem einstigen Erzfeind immer stärker an und gilt heute als vehemente Verfechterin einer Ein-China-Politik, also eine (Wieder-)Vereinigung mit Peking. Sie kämpft heute nicht mehr gegen Kommunisten, sondern gegen „Separatisten“. Xi Jinping und die heutigen Führer der Kuomintang eint die Überzeugung, „dass ein unabhängiges Taiwan nicht sein darf, weil die Insel chinesisch ist und es für alle Zeit bleiben muss“. So erklärt es jedenfalls Stephan Thome.

2013 fand die sogenannte Sonnenblumenrevolution statt, mit der sich Bürger Taiwans gegen ein Handelsabkommen mit der Volksrepublik auflehnten, das nach ihrer Meinung einen zu starken Anschluss an das Festlands bedeutet hätte. Dabei wurde vorübergehend auch das Parlamentsgebäude besetzt. Der Aufstand drängte den gesellschaftlichen und politischen Einfluss der Kuomintang weiter zurück und bahnte den Weg für die erste weibliche Inhaberin des Präsidentialamts, Tsai Ing-wen von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP).

„Wie hältst du’s mit der Volksrepublik?“

„Wie hältst du’s mit der Volksrepublik?“ ist laut Stephan Thome die „Gretchenfrage“ in Taiwan. Insgesamt scheint es, dass viele in der älteren Generation der Taiwanesen nicht wollten, dass sich die Insel vom Mutterland lossagt, während Jüngere sich mit einem

vollkommen unabhängigen Status anfreunden könnten. Da dies aber angesichts der Macht Pekings ein riskantes Unterfangen wäre, votierten nur knapp 5 Prozent der Bevölkerung für sofortige Unabhängigkeit. Die überwältigende Mehrheit bevorzugt den eher schwammigen Status quo. Wieweit dies auch als ein Zurückweichen vor der Gewaltdrohung aus Peking zu deuten ist, kann man schwer mit Gewissheit sagen. Fest steht, dass die USA aufgrund ihres streng antikommunistischen Selbstverständnisses lange die Chiang-Kai-shek-Diktatur und damit ein von der Volksrepublik unabhängiges Taiwan unterstützten, ungeachtet der schweren Menschenrechtsverletzungen dort.

Peking betrieb indes von Anfang an eine Politik der Delegitimierung und der internationalen Isolation der Insel. 1971 folgten die Vereinten Nationen diesem Narrativ, indem sie die Republik China (Taiwan) ausschlossen, die Volksrepublik China (Festlandchina) jedoch aufnahmen.

China erreichte es durch Druck, dass eine wachsende Zahl von Nationen Taiwan heute nicht mehr anerkennen und keine diplomatischen Beziehungen mehr zu dem Land unterhalten, obwohl diese früher bestanden hatten. Letztlich ist dies vor allem als Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Macht Pekings zu deuten. Wann immer ein ausländische Politiker Taiwan besuchte oder einen Vertreter der Insel empfing, ertete er in der Folge Protestnoten aus China und den Vorwurf der „Provokation“, sodass der Eindruck eines ständig übererregten, hoch manipulativen und intoleranten chinesischen Regimes entstand.

Als Donald Trump der Präsidentin Tsai Ing-wen 2016 telefonisch zur Wahl gratulierte, ertete er prompt diplomatische Missstimmungen. Deutsche Außenminister verhielten sich in dieser Angelegenheit unterschiedlich. Guido Westerwelle gratulierte noch, Heiko Maas traute sich das schon nicht mehr.

Das Theater, das China jedes Mal veranstaltet, gleicht jenem um den Dalai Lama, der ja immerhin nicht nur Politiker ist, sondern Millionen Gläubige seiner Richtung repräsentiert. Es ist zwar richtig, dass im Westen oft eine einseitige Anti-China-Haltung gepflegt wird, auch um einen globalen Rivalen zu diskreditieren. Allerdings ist das Verhalten Pekings vielfach so übergriffig, wie wir es sonst allenfalls von den USA kennen. Nicht mehr, was diplomatische Vertreter Taiwans und westlicher Nationen selbst wollen, scheint zu zählen, sondern was sie angesichts des demonstrativen chinesischen Dauerbeleidigtseins noch dürfen.

Alles nur „westliche Propaganda“?

Mit Blick auf diese Historie kann man die Tatsache, dass die Mehrheit der Taiwanesen bei den letzten drei Parlamentswahlen nicht für die Kuomintang votierten, nicht einfach als eine Dummheit von „westlicher Propaganda“ vernebelter Gehirne abtun. Weder erschien die Partei, die für viele Gräueltaten in der Geschichte verantwortlich war, der Mehrheit wohl glaubwürdig, noch erscheint ihr Ziel – die Verschmelzung mit Großchina unter Xi, dem Vorantreiber eines technikgestützten Überwachungskapitalismus – allen verlockend.

Zwar war Taiwan von Festlandchina nie unterdrückt worden – diese Ehre teilen sich der japanische Faschismus und der abtrünnige, chinesischstämmige Diktator Chiang Kai-shek –, doch erklärt die Geschichte teilweise, dass sich viele Taiwanesen nach Westen hin orientierten, mit dem ein weitgehend unbelastetes Verhältnis bestand und der mit Freiheitsrechten und einer unverkrampfteren Lebensart in Verbindung gebracht wurde.

Dass dabei auch viel Idealisierung der „freien Welt“ im Spiel ist, wissen wir, die wir die Schattenseiten aus Deutschland gut kennen,

natürlich sehr wohl.

Wer aber der Meinung ist, Taiwan solle sich besser so bald wie möglich mit der Volksrepublik vereinigen, der möge überlegen, wie ihm zumute wäre, wenn eine solche Entscheidung für das eigene Land anstünde.

Stephan Thome schreibt über die Atmosphäre dort:

„Taiwan (...) ist anders als die Volksrepublik. Es herrscht ein anderes soziales Klima, ein anderer Vibe, man sieht kaum Uniformierte und überhaupt keine Propagandaslogans.“

Das Alleinstellungsmerkmal Taiwans ist weniger seine „Modernität“ mit all ihrem Technikspielzeug, das in der Volksrepublik China ebenfalls dominiert. Taiwan ist einerseits mit seinen Schwulenbars und der Einführung der Schwulenehe – nur als eines von vielen Beispielen – näher am gesellschaftlichen „Fortschritt“ des Westens, andererseits repräsentiert es stärker noch das alte China, das von maoistischen, antireligiösen Umerziehungsversuchen verschont geblieben ist. Stephan Thome beschreibt, wie sich die traditionelle Volksreligiosität mit Tempeln, Räucherstäbchen und Götterstatuen dort noch erhalten hat, ein bunter Mischmasch aus buddhistischen, konfuzianistischen und taoistischen Einflüssen, gewürzt mit einer Prise Christentum. Thome resümiert:

„In gewisser Weise, denke ich, ist Taiwan sogar chinesischer als die Volksrepublik.“

Wer den USA in diesem globalen Spiel unlautere Absichten unterstellt, liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit richtig. Die Gefahr neuer Kriegshandlungen, die der westliche Hegemon durch Intrigen, Einmischung und die Hochrüstung eines der möglichen Kombattanten zu schüren hilft, ist gegeben.

Als Beobachter müssen wir hier aufpassen, uns nicht schon wieder in einen selbstschädigenden Solidarisierungsfuror wie bei der Ukraine hineinziehen lassen. Andererseits erscheint mir die übergriffige Art, wie Peking in der Taiwanfrage agiert, alles andere als sympathisch.

Wir haben es mit zwei machthungrigen, menschenrechtsfernen globalen Alphanatieren zu tun, denen man nicht ausgeliefert sein möchte, es jedoch zumindest partiell dennoch ist. Diese Erkenntnis ist an sich nichts Neues, wird in alternativmedialen Diskursen jedoch gelegentlich „vergessen“. Schwarz-Weiß-Malerei der einen oder anderen Richtung führt hier nicht weiter. Wir haben es mit zweimal Dunkelgrau zu tun, und der Kleine in der Mitte droht wie so oft zwischen den Blöcken zerrieben zu werden.

In einem Sketch mit Gerhard Polt und Gisela Schneeberger streiten die Eltern eines noch im Babyalter befindlichen Kindes darüber, was dieses später beruflich einmal werden solle. Der Vater ruft am Ende verzweifelt: „Wenn wir uns nicht mal einig sind, dann macht er am Ende noch das, was er selber will!“ Zu Taiwan ist mein Resümee ein ähnliches: Die militärisch und wirtschaftlich, jedoch nicht moralisch „Großen“ sollen den Inselstaat einfach machen lassen, was er selber will.

Buchtip: Gebrauchsanweisung für Taiwan: Faszinierender Reiseführer zur Identität und Geschichte der grünen Insel

<https://www.buchkomplizen.de/index.php?cl=details&libriid=A41379337&listtype=search&searchparam=Stephan%20Thome&pgNr=1>



Roland Rottenfuß, Jahrgang 1963, war nach dem Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 war er Redakteur beim spirituellen Magazin **connection**, später für den **Zeitpunkt**. Er arbeitete als Lektor, Buch-Werbetexter und Autorensout für den Goldmann Verlag. Seit 2006 ist er Chefredakteur von **Hinter den Schlagzeilen** (<https://hinter-den-schlagzeilen.de/>). Von 2020 bis 2023 war er Chefredakteur vom Rubikon, seit April 2022 ist er Mitherausgeber und Chefredakteur von Manova.